

II-9647 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4732A

ANFRAGE

1993 -04- 30

der Abgeordneten Dr. Haider
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend EG-Werbekampagne

Bei einer Pressekonferenz Anfang April in Wien erklärte der führende Repräsentant der dänischen Anti-Maastricht-Bewegung, der Physikprofessor Niels Meyer, daß die "dänischen Maastricht-Gegner (zweites dänisches Referendum über den Maastricht-Vertrag am 18. Mai d.J.) von der Regierung mit umgerechnet zwei Millionen Schilling unterstützt würden". Weiters teilte Prof. Meyer mit, daß "sie eingeladen worden seien, ihre Ansichten im Fernsehen und im Radio zu präsentieren".

Eine solche "faire und demokratische" Meinungsbildung (Freda Meissner-Blau) wie in Dänemark praktiziert, könnte auch für Österreich als Vorbild dienen. Zwar gibt es in unserem Land, wie Bundeskanzler Dr. Vranitzky in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 4044/AB vom 12.03.1993 ausführte, eine "breite Informationsoffensive", die "in umfassender Weise für alle Lebensbereiche die Chancen und Risiken aufzeigt, die sich an einen EG-Beitritt knüpfen". Weiters expliziert der Bundeskanzler in dieser Anfragebeantwortung, daß "die Bundesregierung in diesem Sinn keine Kampagne für den EG-Beitritt führt, sondern für die Information zu einem EG-Beitritt", und daß es "vor diesem Hintergrund auch keinen Sinn ergibt, Organisationen, die gegen einen EG-Beitritt auftreten, extra Geld für Informationszwecke zur Verfügung zu stellen".

Allerdings scheint diese Werbekampagne bzw. Informationsoffensive der Bundesregierung, im Gegensatz zu den vorhin erwähnten Ausführungen des Bundeskanzlers und wie es die zahlreichen Kritiker, angefangen vom Bundespräsidenten der Republik, über den Koalitionspartner ÖVP und über die Industriellenvereinigung bis hin zu anderen zahlreichen (teils einflußreichen) Gruppen und Organisationen, wohl belegen, zu sehr pro EG orientiert und zu wenig effektiv zu sein. Meinungsumfragen beweisen, daß trotz Werbeanstrengungen seitens der Bundesregierung 85 Prozent der Österreicher kein oder kaum Interesse am Thema EG haben (WirtschaftsWoche v. 25. 3. 1993), weil die "zentrale österreichische Kampagne zu wenig nahe an die Leute und ihre Interessen herankommt" (Publico-Chef Wolfgang M. Rosam). Zwar erfolgte eine kleine Umstellung der EG-Kampagne seitens der Regierung, ohne jedoch ernsthaft zu überlegen oder zu prüfen, wie die einzelnen Parteien oder andere Organisationen, die einen möglichen EG-Beitritt auch etwas kritischer hinterfragen, in die Informationsoffensive eingebunden werden könnten.

"In Verantwortung um die Zukunft unseres Landes hat sich die Bundesregierung 1989 entschlossen, den Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft zu stellen. Dieser

Entscheidung war ein intensiver Prozeß des Abwägens der Chancen und Risiken einer EG-Mitgliedschaft vorangegangen", hält der Bundeskanzler in der erwähnten Anfragebeantwortung einleitend fest. Da diese Entscheidung für oder gegen einen EG-Beitritt, wie der Bundeskanzler richtigerweise feststellt, wesentlich die Zukunft unseres Landes bestimmen und letztlich von der österreichischen Bevölkerung gefällt werden wird, nur dann eine gute Entscheidung sein und zum Wohle unseres Landes gereichen wird, wenn die Bevölkerung tatsächlich fair, nicht einseitig und von den verschiedensten Proponenten über die Vor- und Nachteile eines EG-Beitritts informiert wird bzw. wurde. D.h., die Regierung müßte ihr EG-Informationsmonopol aufgeben und im Sinne eines möglichst bürgernahen und breiten Informations- und Meinungsbildungskonzeptes auch, ähnlich wie in Dänemark (vgl. oben), kritischeren Organisationen (Parteien, Vereinigungen etc.) gleiche Möglichkeiten hinsichtlich der EG-Aufklärung einräumen, was sicher finanzielle Zuwendungen aus dem "EG-Informationsbudget" der Bundesregierung inkludieren müßte.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

- 1) Nachdem der Informationsoffensive der Bundesregierung, wie in der Einleitung ausgeführt, offensichtlich der Erfolg verwehrt blieb und ebenso der geänderte Kurs der EG-Kampagne der Bundesregierung bislang wenig Verbesserungen in Form einer ausreichend ausgewogenen Information zeitigte, kann die Aussage des Bundeskanzlers in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 4044/AB vom 12.3.1993, wonach "die Informationsoffensive der Bundesregierung in umfassender Weise für alle Lebensbereiche die Chancen und Risiken aufzeigt, die sich an einen EG-Beitritt knüpfen", wohl nicht länger aufrecht erhalten werden.
Wäre es deshalb, Ihrer Auffassung nach, nicht sinnvoller, wenn auch die Parteien oder andere Organisationen, die sich kritisch mit einem EG-Beitritt auseinandersetzen, gesondert Gelder für ihre Informationszwecke zur Verfügung gestellt bekämen?
a) Wenn nein, warum bleiben Sie bei Ihrer ablehnenden Haltung?
- 2) Wäre es, Ihrer Meinung nach, nicht denkbar, daß in Österreich, wenn schon keine direkte finanzielle Unterstützung für EG-kritischere Organisationen in Betracht kommt, diesen Organisationen (oder zumindest den politischen Parteien), ähnlich wie in Dänemark, öffentliche Auftritte (im Rundfunk oder Fernsehen etc.) etwa aus dem EG-Werbudget der Bundesregierung, ermöglicht werden?
a) Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?
- 3) Warum nimmt die Bundesregierung, Ihrer Auffassung nach, die EG-Information gleichsam als Monopol für sich in Anspruch?
a) Wäre eine dezentralisierte, i.S. einer bürgernahen und von den verschiedensten Parteien, Organisationen und Gruppen getragene, EG-Informationsarbeit für eine objektive Meinungsbildung in der Bevölkerung nicht zielführender?
b) Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
c) Glauben Sie nicht auch, daß die österreichische Bevölkerung reif genug ist, daß sie nach Darlegung der diversen pro- und contra-EG-Argumente und von den verschiedensten Seiten, Institutionen oder Organisationen präsentiert, am ehesten zu einer sachdienlichen Entscheidung kommen könnte?

- d) Wenn ja, warum weigert sich die Bundesregierung strikt gegen eine Zuerkennung von Budgetmitteln für kritische "EG-Informationsvermittler".
- 4) Wie ist es, Ihrer Meinung nach, zu rechtfertigen, daß zwar, wie in der zitierten Anfragebeantwortung, "zahlreiche Gruppen und Organisationen", unter denen "sich auch solche befinden, die die Gegnerschaft zu einem EG-Beitritt auf ihre Fahnen geschrieben haben", vielfältige Förderungen erhalten, aber politische (Oppositions)Parteien, die einen wesentlichen Aufklärungs- und Willensbildungsauftrag haben, von finanziellen Zuwendungen aus dem EG-Werbebudget, welches derzeit nur der Bundesregierung zukommt, ausgespart bleiben?